

## Nachhaltige Entwicklungspolitik statt Grenzzäune

Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Kommission Justitia et Pax,  
Bischof Dr. Reinhard Marx

Die Art und Weise, wie das EU-Mitgliedsland Spanien aktuell mit den afrikanischen Flüchtlingen in Ceuta und Mellila umgeht, wirft in erster Hinsicht flüchtlings- und menschenrechtliche Fragen auf. Zu beobachten ist, dass mit einer derart verschärften Abschiebep Praxis der Geist der Genfer Flüchtlingskonvention weiter ausgehöhlt wird. Selbst wenn zu vermuten steht, dass der Großteil der Flüchtlinge auf der Suche nach einem besseren Leben in den Ländern Europas ist, darf nicht von vornherein die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass einige der Flüchtlinge aus zutreffenden Gründen auch einen Antrag auf politisches Asyl in Europa stellen können. Die Menschen ohne ausreichende Verpflegung und Schutz im marrokanisch-algerischen Hinterland auszusetzen, widerspricht allen rechtlichen, aber auch ethischen Standards im Umgang mit Schutzbefohlenen.

Höhere Grenzzäune, die technische Aufrüstung der Küstenwache oder die massenhafte Abschiebung von Flüchtlingen können die Probleme langfristig nicht lösen. Zentrale Aufgabe der Politik besteht darin, die Ursachen zu beheben, die Menschen bewegen, ihre Heimat und ihre Familien zu verlassen. Manche sind gezwungen ihre Heimat zu verlassen, um zu überleben, viele sehen in ihrer Umgebung keine Zukunft für ihr berufliches, wirtschaftliches und soziales Weiterkommen, andere müssen migrieren, um ihre Familien unterhalten zu können. Wären in ihren Herkunftsländern das Recht auf Nahrung, auf menschenwürdige Arbeit, auf Gesundheit und Bildung gewährleistet, würden nicht so viele meist junge Menschen - oft unter Lebensgefahr - ihre Heimat verlassen. Sie als „Wohlstandsflüchtlinge“ zu bezeichnen, wäre zynisch. Der Migrationsdruck hat sich aufgebaut, weil die Armut in vielen Ländern Afrikas trotz anders lautender Ankündigungen nicht verringert wurde, in einigen sogar wuchs, Krieg und Vertreibung das Elend vergrößerte, weil über Jahrzehnte hinweg die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte verletzt und eingeschränkt wurden. Nur eine kohärente Entwicklungspolitik, die das Ziel einer nachhaltigen menschenwürdigen Entwicklung auf allen Politikfeldern, auch der Wirtschafts- und Handelspolitik, verfolgt, kann die Ursachen der massenhaften Migration gezielt und effizient angehen.

Gerade die EU hat in ihrer Entwicklungspolitik durch das Cotonou-Abkommen ein wichtiges Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, das wirtschaftliche Aspekte mit entwicklungspolitischer Unterstützung verbindet.

Es genügt aber nicht, in der europäischen Entwicklungspolitik Programme zur Stärkung der ‚good governance‘, der Friedensförderung, der Armutsbekämpfung und des Umweltschutzes aufzulegen. Gleichzeitig müssen Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Agrarpolitik der EU in kohärenter Weise an den übergreifenden Zielen der Gestaltung einer gerechten und men-

schenwürdigen Welt abgeglichen werden – dies sind Ziele, denen sich die internationale Staatengemeinschaft, zu der auch die EU gehört, verpflichtet hat.

Es genügt nicht, wenn in Projekte für Transport und Infrastruktur investiert wird, ohne die Auswirkungen der Liberalisierung des Welt-Agrarmarktes auf die nationale Ernährungssicherheit in Ländern Afrikas zu berücksichtigen. So muss sich die EU z.B. in den WTO-Verhandlungen bei der im Dezember bevorstehenden Ministerkonferenz in Hongkong für einen Abbau der Agrarexportsubventionen einsetzen, damit Bauern in ihrer afrikanischen Heimat gerechte Preise für ihre Produkte erzielen, Preise, die nicht durch Billigimporte aus EU-Überschüssen unterlaufen werden.

Mit der Zustimmung zu den Millenniums-Entwicklungszielen haben sich die UN- Mitgliedsstaaten auch zum Aufbau einer Entwicklungspartnerschaft verpflichtet, in der es Sache der reichen Länder ist, öffentliche Entwicklungshilfe auszubauen, nachhaltige Entschuldung zu gewähren und Marktzugang für Entwicklungsländer zu eröffnen. Die konsequente beidseitige Einhaltung der UN-Millenniumsziele könnte die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern und Menschen abbauen.

Die EU muss eine starke armenorientierte Entwicklungspolitik betreiben, die nicht von Eigeninteressen sicherheitspolitischer oder wirtschaftlicher Art dominiert wird, die abgestimmt ist mit einer menschenrechtskonformen Migrationspolitik und Voraussetzung ist für deren Erfolg.

Europa hat in seiner Geschichte - gerade auch in den südlichen Ländern - ökonomische und kulturelle Bereicherung durch Migration erfahren. Länder können auf prosperierende Phasen verweisen, wenn und solange sie offen für Zuwanderung waren. Wer Europa zur Festung ausbauen will, würde es um wertvolle Traditionen bringen, die Offenheit für andere Kulturen und den Austausch mit ihnen.

Bonn, den 24.10.2005